

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 26.10.2021

Niederschrift

über die **7. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 02.09.2021, 16:00 Uhr bis 20:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister	GRÜNE
Kosubek, Antje	GRÜNE
Leitner, Günter	CDU
Polat, Alicem	SPD
Cazier, Julie	GRÜNE
Fischer, Stefan	GRÜNE
Heinrichs, Nicole	GRÜNE
Herrndorf, Martin, Dr.	GRÜNE
Utku, Mildred	GRÜNE
Vinçon, Klaus	GRÜNE
Börschel, Regina, Dr.	SPD
Cremer, Tim	SPD
Uerlich, Ralf	CDU
Musto, Michael	CDU
Scheffer, Michael	DIE LINKE.
Müller, Manfred	DIE LINKE.
Horch, Lea	KlimaFreunde
Kader, Sabine	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Hammer, Lino	GRÜNE
Jeschka, Manuel	Volt
Schwanitz, Hans	GRÜNE

Verwaltung

Höver, Ulrich, Dr.

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Flöge-Becker, Maria

Schriftführerin

Brohl, Andrea

Gäste

Palm, Ute

auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Nüsser, Christian

FDP

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Breite, Ulrich

FDP

Helmis, Maria

SPD

Heuser, Marion

GRÜNE

Karadag, Derya

GRÜNE

Kockerbeck, Heiner

DIE LINKE

Lorenz, Lukas

SPD

Lutz, David, Dr.

GRÜNE

Michel, Dirk

CDU

Rudolph, Floris

GRÜNE

Ruffen, Stefanie

FDP

Schneeloch, Sandra

GRÜNE

Sterck, Ralph

FDP

Weber, Florian

CDU

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, begrüßt alle Anwesenden recht herzlich zur 6. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt. Herr Nüsser sei entschuldigt und ihm sende die Bezirksvertretung Genesungswünsche. Herr Hupke weist darauf hin, dass der Journalist des Kölner Wochenspiegels, Herr Dahl, der immer an den Sitzungen der Bezirksvertretungen teilgenommen und über sie überrichtet habe, nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen werde, weil der Kölner Wochenspiegel, diese Berichterstattung aus Sparmaßnahmen einstelle. Er bedauert dies ausdrücklich, weil der Wochenspiegel von Anfang an über die Sitzungen aller Bezirksvertretungen berichtet habe.

Herr Hupke gratuliert nachträglich Herrn Polat, Frau Dr. Börschel, Herrn Leitner, Herrn Cremer, Herrn Uerlich und Frau Horch zu ihren Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute.

Frau Cazier, Grüne, zieht den Änderungsantrag TOP 3.4.1 zurück.

Herr Uerlich, CDU, bittet den Tagesordnungspunkt 3.1 zu vertagen.

Die Bezirksvertretung stimmt der vorliegenden Tagesordnung zu und beschließt ein Rederecht für die zur Aktuellen Stunde Sicherheit in der Innenstadt eingeladenen Teilnehmer*innen: Frau Schmitt, Herr Mehlem, Herr Weiler, Herr Eiting und Herr Vogt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**
- 1.1 Aktuelle Stunde - Sicherheit in der Innenstadt - auf Antrag CDU mit folgenden Unterpunkten:
 - Angriffe auf Menschen in der Schaafenstr.
 - Probleme mit Posern im Bereich der Schaafenstraße und der Weidengasse
 - Kriminalitätssteigerung und Messerstechereien in der Zülpicher Straße
 - Lärmbelästigung bis 5 Uhr morgens und Missachtung sämtlicher Auflagen in der Zülpicher Straße
- 1.2 Aktuelle Stunde - Interimsschulbauten im Inneren Grüngürtel - auf Antrag Klimafreunde und Grüne
- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
- 3.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021
- 3.2 Mitteilung wird unter TOP 9.21 beraten - Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 68454/04 nach § 3 Absatz 2 BauGB
- 3.3 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
0880/2021
- 3.4 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Baubeschluss
2497/2021
- 3.4.1 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Baubeschluss, Änderungsantrag Grüne
AN/1792/2021
- 3.5 Einrichtungsbeschluss für den Erweiterungsbau Palmstraße für das Königin-Luise-Gymnasium, Alte Wallgasse 10 in 50672 Köln
0684/2021

- 3.6 Einrichtungsbeschluss für den Neubau der integrierten Gesamtschule Innenstadt, Frankstraße 26 in 50676 Köln am Teilstandort Severinswall 40/40a in 50678 Köln
2480/2021
- 3.7 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2412/2021
- 3.8 Förderprogramm "Dritte Orte" - Förderungen von eingetragenen Vereinen aus dem Stadtgebiet
2641/2021
- 3.9 Haushaltsplan 2022
hier: Veranschlagung der bezirksorientierten Mittel 2022 gem. § 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
2403/2021
- 3.10 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2022 einschließlich der Finanzplanung bis 2025 und der sonstigen Anlagen
2902/2021
- 3.10.1 Klimaschutzorientierte Mittel, gem. Ergänzungsantrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde, Die Partei
AN/1659/2021
- 3.11 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
2310/2021
- 3.12 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Gem. Dringlichkeitsantrag - Untersagung des Betriebes von E-Scootern im Stadtbezirk Innenstadt
2509/2021
- 3.12.1 Untersagung des Betriebes von E-Scootern im Stadtbezirk Innenstadt, gem. Dringlichkeitsantrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, Die Partei, Klimafreunde
AN/1535/2021
- 3.13 Genehmigung Dringlichkeitsantrag - Gem. Dringlichkeitsantrag - Sperrung der Schaafenstraße an Freitag- und Samstagabend von jeweils 19:00 Uhr bis 6:00 Uhr des darauf folgenden Tages
2563/2021

- 3.13.1 Gem Dringlichkeitsantrag - Sperrung der Schaafenstraße an Freitag- und Samstagabend von jeweils 19:00 Uhr bis 6:00 Uhr des darauf folgenden Tages - gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Klimafreunde und Die Partei
AN/1543/2021
- 3.14 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
2634/2021
- 3.15 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 19.09.2021
2554/2021
- 3.16 Erneuerung der Eisenbahnüberführung der Deutz-Mülheimer Straße, Bauwerk B in Köln-Deutz durch die DB Netz AG
2402/2021
- 3.17 Städtebauliches Planungskonzept Deutzer Hafen in Köln-Deutz;
Hier: Anpassung des Beschlusses über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes, Fortschreibung des Integrierten Plans Deutzer Hafen im Bereich des Ostdreiecks
2608/2021
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Einrichtung eines Europaplatzes" Aktenzeichen 34/21B
0711/2021
- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: „Marienplatz 4-12, 50676 Köln, Entfernung Hochbeet (Az.: 02-1600-122-21)
2395/2021
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Rad- und Fußgängerüberwege Innerer Grüngürtel (Az.: 02-1600-21/21)
2715/2021
- 4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: AZ 160-21 Freigabe Linksabbiegen aus der Kyllstraße (Az.: 02-1600-160/21)
2836/2021

- 4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verbesserung der Verkehrsführung Ecke Herwarthstraße/Werderstraße/Dorothee-Sölle-Platz (Az.: 02-1600-126/21)
2600/2021
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
- 5.1.1 Superblöcke für Köln - für Aufenthaltsqualität und die Verkehrswende im Vedel
AN/1138/2021
- 5.1.2 Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall, Antrag Grüne
AN/1321/2020
- 5.1.2.1 Änderungsantrag - Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall - Änderungsantrag FDP
AN/1474/2020
- 5.1.3 Fahrradschutzstreifen Hohenzollernring Einbiegung in die Maastrichter Straße, Antrag SPD
AN/1312/2020
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
- 5.2.1 Unübersichtliche Kreuzung Waisenhausgasse/Vor den Siebenburgen/Trierer Str./Am Pantaleonsberg, Antrag Grüne
AN/1620/2021
- 5.2.2 Planungen zur Verbesserung des Mikroklimas in der Kölner Innenstadt, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke, Die Partei, Klimafreunde, FDP
AN/1641/2021
- 5.2.3 Antrag "Sperrung der Weidengasse für den MIV an den Wochenenden", Antrag FDP
AN/1634/2021
- 5.2.4 Aufstellung von neuen Bänken in der Innenstadt, Antrag Grüne
AN/1647/2021
- 5.2.4.1 Ergänzungsantrag zu Antrag AN/1647/2021 - Bankstandorte; Ergänzungsantrag Grüne
AN/1745/2021

5.2.5 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße, gem. Antrag Grüne, FDP, Die Partei
AN/1673/2021

5.2.5.1 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße, gem. Antrag Grüne, FDP und Die Partei

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates, AN/1673/2021
3091/2021

5.2.6 Grundsatzbeschluss: Keine Interimsbauten in Grün- und Parkanlagen, Antrag Grüne
AN/1656/2021

5.2.7 Reinigung Neusser Platz und Roeckerathplatz, gem. Dringlichkeitsantrag CDU und SPD
AN/1849/2021

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD
AN/1701/2018

6.1.2 Kellertheater und Kartäuserwall, Anfrage Linke
AN/1173/2019

6.1.2.1 Beantwortung AN/1173/2019 Die Linke Kellertheater und Kartäuserwall
2698/2021

6.1.3 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit, Anfrage CDU
AN/0949/2020

6.1.3.1 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit
Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt
am 26.08.2020 (AN/0949/2020)
2454/2021

6.1.4 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße (AN/1539/2010);
Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016)
AN/1315/2020

6.1.5 Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt
AN/1107/2021

- 6.1.5.1 Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt - Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - AN/1107/2021 2885/2021
- 6.1.6 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße AN/1108/2021
 - 6.1.6.1 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 10.06.2021, TOP 6.2.2 (AN/1108/2021) 2692/2021
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
 - 6.2.1 Aktueller Sachstand Umgestaltung Maternuskirchplatz, Anfrage Grüne AN/1623/2021
 - 6.2.2 Fragen zur ISG Severinstraße, Anfrage Die Linke AN/1319/2021
 - 6.2.2.1 Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße hier: Anfrage der Fraktion die Linke in der BV I Session Nr. AN/1319/2021 2967/2021
 - 6.2.3 Soziale Erhaltungssatzung Griechenmarktviertel, Anfrage Grüne AN/1624/2021
 - 6.2.4 Rodungen auf Kitagelände, Anfrage Die Linke AN/1528/2021
 - 6.2.4.1 Rodungen auf dem Kitagelände Venloer Wall 13b - zur Anfrage der Fraktion Die Linke AN/1528/2021 2490/2021

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- 8.1 Verabschiedung von Frau Nicole Heinrichs, Bündnis 90/Die Grünen

9 Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1 Verkehrliche Erschließung und Anbindung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“
hier: mündliche Nachfrage von SB Frenzel in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.2021, TOP 18.12
1489/2021
- 9.2 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe"
1663/2021
- 9.3 Deutsches Sport- und Olympiamuseum Köln
Zuschuss zu den Planungskosten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Rheinauhafen sowie Neukonzeptionierung des Museumsbetriebs
2561/2021
- 9.4 Sofortmaßnahmen im Bereich Poller Kirchweg - Am Schnellert - Alfred-Schütte-Allee
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am 22.04.2021, TOP 3.19
2192/2021
- 9.5 19. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
2484/2021
- 9.6 Realisierbarkeit von Quartiersgaragen und eines zugehörigen Masterplans
2123/2021
- 9.7 Abschlussbericht Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Projektende 30.06.2021)
2444/2021
- 9.8 Sanierung der Drehbrücke im Deutzer Hafen - Sachstand Pendelbusbetrieb
2799/2021
- 9.9 SeniorenNetzwerke Köln: Auszeichnung im Projekt „Nordrhein-Westfalen – hier hat alt werden Zukunft“
2249/2021
- 9.10 Wahl der Seniorenvertretung Köln 2021: Informationsquellen und Termine
2777/2021
- 9.11 Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" durch die Stadt Köln
2694/2021

- 9.12 Auswirkungen des Unwetters auf Köln,
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der
Volt-Fraktion zur Sitzung des Hauptausschusses am 23.08.2021,
AN/1561/2021
2911/2021
- 9.13 House of Resources in Köln
2804/2021
- 9.14 Neuer Übergang Innere Kanalstraße auf Höhe des Telekom-
Verwaltungsgebäudes
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld in der Sitzung am
28.06.2021, TOP 8.1 (AN/1420/2021)
2623/2021
- 9.15 Neues Modell: kombinierte Fahrradabstell- und Werbeanlagen für Köln
2549/2021
- 9.16 Instandsetzung der Straße „Große Neugasse
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am 24.09.2015, TOP 3.1
2960/2021
- 9.17 Ausweitung der Abstellverbotszonen und festen Rückgabeorte für E-Scooter
2893/2021
- 9.18 Baumneupflanzung in der Eburonenstraße
3037/2021
- 9.19 Qualitätsbericht 2020 der KVB gemäß öffentlichem Dienstleistungsauftrag
2712/2021
- 9.20 Wettbewerbsverfahrensergebnis
Arbeitstitel: Mehrfachbeauftragung "Fassade Hauptbahnhof Breslauer Platz
Köln" Köln-Altstadt/Nord
1899/2021
- 9.21 Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 68454/04
nach § 3 Absatz 2 BauGB
Arbeitstitel: Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz
2483/2021
- 9.22 „Multilingualität von Anfang an -Aktuelle Übersicht zu Angeboten und Sprach-
fördermöglichkeiten von Mehrsprachigkeit in der Stadt Köln“
2930/2021

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

- 1.1 Aktuelle Stunde - Sicherheit in der Innenstadt - auf Antrag CDU mit folgenden Unterpunkten:**
- **Angriffe auf Menschen in der Schaafenstr.**
 - **Probleme mit Posern im Bereich der Schaafenstraße und der Weidengasse**
 - **Kriminalitätssteigerung und Messerstechereien in der Zülpicher Straße**
 - **Lärmbelästigung bis 5 Uhr morgens und Missachtung sämtlicher Auflagen in der Zülpicher Straße**

Herr Uerlich, CDU, führt aus, dass die CDU-Fraktion die Aktuelle Stunde beantragt habe, um mit den Anwohnern, der Gastronomie und der Fachverwaltung ins Gespräch zu kommen. Er bittet innerhalb der Aktuellen Stunde, die Zülpicher Straße und die Schaafenstraße getrennt zu beraten.

Zülpicher Straße

Herr Uerlich, CDU, zugleich Anwohner der Zülpicher Straße, berichtet, dass die Negativentwicklungen, die sicher auch durch einen Bebauungsplan begünstigt wurden, 2007 starteten. 2010 habe er den Verein Kwartier Latäng gegründet, auf dessen Initiative das Glasverbot zu Karneval eingeführt wurde. Begonnen habe die Veränderung der Qualität mit einer Konzentration von Kiosken, während normale Geschäfte fast alle verschwunden seien. Der heutige Zustand sei nicht überraschend, sondern das Ergebnis dessen, was jahrelang versäumt worden sei. Das Image der Zülpicher Straße habe inzwischen „Ballermanncharakter“. Er sei froh darüber, dass sich die Anwohner vor Ort derzeit neu organisieren, um Veränderungen herbeizuführen. Unabhängig von der heutigen Diskussion wolle die CDU-Fraktion ein offizielles Bürgerbeteiligungsverfahren beantragen, damit alle die Chance haben, sich entsprechend zu beteiligen. Der Zustand auf der Zülpicher Straße sei unhaltbar, es herrsche oft eine sehr aggressive Stimmung.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister und dienstältestes Mitglied der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz, berichtet, dass diese bereits vor 45 Jahren für einen Bebauungsplan gekämpft habe. Vom damaligen Ratsmitglied Herterich habe man die Antwort erhalten, dass der Rat keinen Bebauungsplan wolle, sondern nach der Altstadt ein zweites „Auskotzviertel“, um die anderen Viertel in der Zukunft zu schützen. Damit sei die Zülpicher Straße aufgegeben worden. Ganz wichtig sei, dass es an der Zülpicher Straße zwei Abschnitte mit unterschiedlichen Herausforderungen gebe, vom Ring bis zur Dasselstraße und hinter der Bahn bis zum Zülpicher Wall, die nicht vermischt werden dürften.

Herr Mehlem, Polizei, führt aus, dass es auf der Zülpicher Straße im Stadtvergleich sehr wenige Einsätze und von 2017 bis 2021 in den Zahlen keine Kriminalitätssteigerung gebe. Wie die Menschen die Situation subjektiv empfinden, sei etwas anderes. Nach den Lockerungen in der Corona-Pandemie könne jeder die Zunahme an Men-

schenmassen feststellen. Die Clubs an den Ringen seien größtenteils noch geschlossen und man stelle eine Konzentration auf bestimmte Viertel/Hotspots fest. Das Feiern habe sich dahingehend geändert, dass man nicht in die Gaststätten gehe, sondern auf der Straße feiere, dies würde dadurch unterstützt, dass ein Teil der Gastronomie die Straße mit Musik beschalle. Zum Feiern würden drei Dinge benötigt: Musik, Alkohol und Menschen. Alles finde man auf der Zülpicher Straße. Der Alkohol werde mitgebracht oder in den Kiosken vor Ort gekauft. Die von Herrn Hupke angesprochene Zweiteilung der Zülpicher Straße könne er bestätigen. Die Polizei sei inzwischen am Wochenende dort mit rund 100 Kollegen im Einsatz.

Herr Büscher, Amt für öffentliche Ordnung, richtet die theoretische Frage an die Bezirksvertretung: Was möchten Sie denn gerne? Im Bereich des Belgischen Viertels sei ein Bebauungsplan vorgelegt worden, der weitere Veränderungen in der gastronomischen Nutzung ausschließe. Dieser sei der Verwaltung um die Ohren geschlagen worden. Die Verwaltung traue sich daher nicht, einen Bebauungsplan vorzulegen, der ein weiteres Abstürzen des Viertels verhindern könnte. Das Amt für öffentliche Ordnung sei natürlich vor Ort. Nach 1,5 Jahren Corona-Pandemie und noch geschlossenen Clubs, versuchen die jungen Menschen wieder zu feiern. Durch den Beschluss die Zülpicher Straße in Höhe der Unimensa für den Individualverkehr zu sperren, habe man die Voraussetzungen für ein Feierparadies geschaffen. Letztendlich gehe es ordnungsrechtlich um die Nachtruhe, die ab 22 Uhr gelte und nur in der Außengastronomie bis 24 Uhr für Geräusche die ursächlich in der Gastronomie liegen, ausgeweitet sei. Die Bestreifung durch Polizei und Ordnungsdienst sei bis 5 bzw. 6 Uhr früh ausgeweitet, man gehe auch bereits frühzeitiger auf die Leute zu, die Gaststätten und Gewerbekontrollen würden verschärft, Verwarngelder stringenter verhängt, die Reinigung durch die AWB erfolge früher und die gedimmte Beleuchtung werde wieder auf 100 % hochgefahren, um die Aufenthaltsqualität zu reduzieren. Möglicherweise habe sich durch das Rauchverbot in Kneipen etabliert, vor den Kneipen zu rauchen und zu feiern. Er sagt, der Bezirksbürgermeister habe an einem Mittwochabend vor einem illegalen Kleinkonzert klatschend in der ersten Reihe gestanden und damit den Lärm einer Musikcombo noch unterstütze. Daher sei es wichtig zu wissen, was man eigentlich wolle. Er betont, dass einige Gastronomen gern mit der Stadt Köln zusammen arbeiten und auf die Forderungen des Ordnungsamtes eingehen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, hätte sich über einen Anruf von Herrn Büscher zur Klärung des Sachverhalts gefreut. Er stellt klar, dass er kontrollieren wollte, auch ob sich das Ordnungsamt richtig verhalte. Er bewerte dies mit drei bis vier. Weil es auch Kritik aus der Bürgerschaft zum Verhalten des Ordnungsdienstes gebe, gehe er öfters durch das Viertel. Er wolle sich vor den Ordnungsdienst stellen. Wäre der Ordnungsdienst nicht eingeschritten, hätte er nach einer Genehmigung gefragt und die Band auch gebeten einzupacken, sofern diese nicht vorgelegen habe. Er bittet nochmals so etwas in Zukunft im persönlichen Gespräch zu klären.

Frau Burkert, Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit, bekräftigt die Frage, was ist gewollt. In der heutigen Sitzung könne das Thema nicht umfassend diskutiert und eine Lösung gefunden werden. Die Stadtdirektorin, Frau Blome, habe eine Arbeitsgruppe mit allen Protagonisten gegründet, die eine gute Möglichkeit biete, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Die Auftaktsitzung finde am 21.09.2021 statt. Aus der Erfahrung mit der Arbeitsgruppe Neumarkt berichtet sie, dass eine lokale

Agenda mit Maßnahmen entwickelt worden sei, die teilweise bereits umgesetzt seien oder sich in der Planungs- und Umsetzungsphase befinden.

Herr Vogt, Vertreter der vernünftigen Wirte Zülpicher Straße, berichtet, dass sich zu den Wochenenden und den Vorfeiertagen eine ganz andere Klientel im Viertel aufhalte als in der Woche. Dies Sorge bei den Gastronomen für erhebliche Umsatzeinbußen. Die Straßen seien voll, die Gastronomie leer. Die „umsonst und draußen Feierfraktion“ versorge sich ausschließlich mit Alkohol aus dem Einzelhandel, Kiosken und Trinkhallen. Daher verfolgen Gastronomen und Anwohner ähnliche Ziele. Sie sind mit den Anwohnern vernetzt und im Austausch. Durch die Karnevals Bühne sei gerade diese Klientel angezogen worden und habe das Viertel für sich entdeckt. Die Ausweitung der OPARI (Ordnungspartnerschaft Ringe) auf das Quartier Latäng sei vereinbart worden. Gerne beteiligen sich die Gastronomen informell als Insider an den Gesprächen in der Verwaltung. Es gebe viele Lücken in der Gesetzgebung, die bestimmte Dinge nicht ahndbar mache. Das wirkungsvollste Mittel wäre ein Verkaufsverbot von Alkohol in den öffentlichen Raum, dies sehe aber das Ordnungsbehördengesetz NRW nicht vor. Ähnliche Ansätze seien in Baden-Württemberg umgesetzt worden. Eine positive Wirkung werde aber sicher auch die Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt haben. Viele Kioske sind von der Konzessionsart Trinkhallen, diese fallen nicht unter das Ladenschlussgesetz, sondern zählen als Gastronomie, daher könne nicht eine Schließung für den Sonntag durchgesetzt werden. Laut Landesimmisionsschutzgesetz brauche man bei einer öffentlichen Ruhestörung einen Beschwerdeführer, auch hierzu habe man sich an die Landespolitik gewandt, um zu erreichen, dass es bei einer offensichtlichen Ruhestörung keines Beschwerdeführers bedürfe.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, berichtet, dass die Jugendlichen aus Köln dort in der Minderheit seien, sondern viele aus dem Umland, auch unter 18-jährige, die bereits sehr betrunken seien.

Herr Herrndorf, Grüne, führt aus, dass das Belgische Viertel und die Zülpicher Straße nicht vergleichbar seien. Er habe den Eindruck, dass die Klientel auf der Zülpicher Straße nicht schockiert sei, wenn es in Gewalt umschlage, sondern diese teilweise suchen. Er bittet hierzu das Zentrum für Kriminalprävention um die Darstellung von Lösungsmöglichkeiten.

Herr Fischer, Grüne, dankt Herrn Büscher für seinen aufschlussreichen Vortrag, dem er entnommen habe, dass die Grünen alles schuld seien, weil sie zuerst das Rauchverbot eingeführt, dann die Zülpicher Straße gesperrt hätten und auch noch an der falschen Stelle geklatscht haben. Er betont, dass die Maßnahmen des Amtes für öffentliche Ordnung offenbar nicht die gewünschte Wirkung erzielen würden. Die Vorschläge seien dünn und er frage sich woran das liege, ob dies ein Führungsproblem sei oder warum dies so sei. Offensichtlich habe sich die Gastronomie intensiver mit der rechtlichen Situation auseinandergesetzt als das Amt für öffentliche Ordnung. Er unterstützt den Vorschlag der CDU-Fraktion eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, doch müssten zunächst weitere Vorschläge der Verwaltung erarbeitet werden.

Herr Cremer, SPD, dankt Herrn Vogt für den hilfreichen Vortrag. Eine Bebauungsplanänderung sehe er kritisch. Herr Büscher und Herr Mehlem hätten eindrucksvoll dargestellt, dass viele Maßnahmen im Gange seien, zu den Wirkungen wünsche er sich ein Monitoring. Er habe auch den Eindruck, dass Jugendliche ein aggressiveres Verhalten zeigen, eventuell habe dies mit den Ausläufern der Pandemie zu tun. Er richtet an die Polizei die Frage, ob durch die noch geschlossenen Clubs und die

dadurch fehlenden Türsteher, die Besucher auf Waffenbesitz kontrollieren, eventuell ein gewaltbereiteres Publikum angezogen werde.

Herr Mehlem, Polizei, antwortet, dass es insgesamt eine höhere Aggressivität gebe, die aber nicht speziell in der Zülpicher Str. zu beobachten sei. Bei einer Kontrolle einer Person benötige man teilweise 5 Polizisten, da auch die Menschen in der Umgebung in die Situation eingreifen. Eine Bewaffnung sei vorhanden, eine Zunahme kann er nicht bestätigen.

Herr Jeschka, Ratsmitglied Volt, appelliert daran bei einem solch aufgeheizten Thema zu versuchen in der Wortwahl abzurüsten. Niemand habe der Verwaltung den Bebauungsplan um die Ohren geschlagen, dazu gab es Änderungswünsche. Eine sachliche Diskussion mit den Fakten sei wesentlich einfacher.

Frau Dr. Börschel, SPD, bekräftigt die Ausführungen von Herrn Herrndorf, dass die Situation und das Publikum im Belgischen Viertel nicht mit der Zülpicher Straße oder auch der Schaafenstraße vergleichbar seien. Sie bittet das Jugendamt um Stellungnahme, inwieweit die Jugendlichen auf der Zülpicher Straße von Streetworkern ansprechbar seien. Eine Bebauungsplan-Änderung als Einheitsmaßnahme hält sie für nicht geeignet.

Herr Uerlich, CDU, geht von einer positiven Änderung durch die beschriebenen Maßnahmen von Ordnungsamt und Polizei aus. Er bittet die Polizei um Mitteilung, ob sich die Dealer Szene vom Gereonsviertel in die Zülpicher Straße verlagert habe.

Herr Büscher, Amt für öffentliche Ordnung, macht deutlich, dass die gemeinsame Klammer die Nachtruhe sei. Selbstverständlich sehe man dies in den einzelnen Vierteln differenziert und gehe auch differenziert vor.

Herr Schärpf, Amt für Kinder, Jugend und Familie – Leiter Streetwork Köln, berichtet, dass in Zusammenarbeit mit der AWO in Köln 26 Streetworker für Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren rein präventive Aufgaben haben. Für den Bezirk Innenstadt gebe es zwei Streetworker. In den Außenbüros Antwerpener Straße, Alter Markt, Venloer Wall und in der Brückenstraße werden auch Sprechstunden für Jugendliche angeboten. Sie helfen bei der Findung von Therapieplätzen, bei Wohnungssuche, Entschuldung, Liebeskummer, also bei allen Dingen die Jugendliche betreffen. Das Streetwork arbeite mit Polizei und Ordnungsamt zusammen und werde über Erkenntnisse informiert, allerdings informiere das Streetwork nie Polizei und Ordnungsamt. Man sei auch verstärkt in der Zülpicher Straße und Schaafenstraße zwischen 22 und 1 Uhr gewesen, dabei habe sich herausgestellt, dass Ansprachen durch die Streetworker schwierig seien, da die Jugendlichen zum Feiern und Party machen kämen und teils stark alkoholisiert seien. Er kann bestätigen, dass die meisten Jugendlichen aus Bergheimer oder Siegburger Gebiet kämen.

Herr Uerlich, CDU, erinnert, dass ein Bürgerbeteiligungsverfahren stattfinden soll, natürlich mit einer Grundlage aus der Verwaltung.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt, dass die Fraktion noch Beratungsbedarf habe und man das weitere Verfahren miteinander besprechen wolle.

Herr Vogt, Vertreter der vernünftigen Wirte Zülpicher Straße, weist darauf hin, dass im Rahmen des Kriminalpräventives Rates Gespräche stattfinden sollen, an denen auch Anwohner beteiligt würden. In diesem Gremium könnten sicher mittelfristige Maßnahmen besprochen werden.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, macht deutlich, dass Ordnungsamt und Polizei nicht alleine dafür da seien, diese Probleme zu lösen. Es würden noch andere Ideen und Instrumentarien benötigt. In einer Akteurs Konferenz könnten noch andere beteiligt werden als dies im Kriminalpräventiven Rat möglich sei.

Frau Burkert, Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit, weist darauf hin, dass in der AG Neumarkt nicht nur Protagonisten von Ordnungsamt und Polizei anwesend seien, sondern auch die Bürgerinitiative Neumarkt, die IG Neumarkt, AWB, KVB, Stadtplanungsamt. Sofern Beschlüsse aus der Politik notwendig seien, würde diese eingebunden. Der Kreis sei in der Lage eine solche Situation aufzufangen.

Herr Leitner, CDU, appelliert, dass der Kriminalpräventive Rat Innenstadt häufiger ggf. monatlich tagen soll.

Schaafenstraße

Herr Eiting, Vorstand der Wirtegemeinschaft Schaafenstraße, erklärt, dass viele der in der Zülpicher Straße aufgezeigten Probleme auch in der Schaafenstraße vorhanden seien. Die Schaafenstraße wolle allerdings auch ein Schutzraum für die LGBTIQ-Community sein, ein sog. safe space, auch für die, die sich den Cocktail in der Gastronomie nicht leisten können und auf der Straße mit einem Bier stünden. In den letzten Wochen habe sich ein anderes Publikum dazu gesellt, welches oft große Probleme mit der Kernklientel habe. Neben Gewalt führe dies zu einer Beschimpfung der Kernklientel. Dies widerspreche der Idee der Straße, dass man dort selbstverständlich sei und sich nicht rechtfertigen oder erklären müsse. Die Straße sei bereits ca. zwei Wochen vor Öffnung der Bars mit feiernden Menschen voll gewesen. Durch die Öffnung der Bars mit Security habe sich die zwischenzeitlich hohe Gewaltbereitschaft wieder reduziert. Nach einem Vorfall mit einem Poser, bei dem ein Mitglied der Community überfahren wurde, habe ein Kollege an die Stadt Köln geschrieben. Daher spreche er sich für eine Sperrung der Straße in der Nacht aus, sieht allerdings auch die Gefahr, dass man mit einer Sperrung der Straße einen Effekt wie auf der Zülpicher Straße erziele. An einem Runden Tisch oder ähnlichem beteilige er sich gerne, um eine konstruktive Lösung zu erarbeiten.

Herr Weiler, Kölner Lesben und Schwulentag e.V., berichtet, dass es in Köln ca. 10 - 12 % queere Bevölkerung gebe und diese sehr wenig Raum hätten, um auszugehen. Diese Menschen könne man im Zweifel nicht einfach zu einem anderen Ort schicken. In einem Gespräch mit Frau Blome zum Cologne Pride habe man angeregt, dass Streetworker mit der Polizei und Ordnungsbehörde nachts die Schaafenstraße aufsuchen, da sich dort teilweise 14-15 jährige total betrunken aufhalten. Stattdessen werde zum 12. Mal die Hennes´ Terrasse kontrolliert. Er sieht die Hauptverursacher für den Lärm in den Jugendlichen die draußen feiern und sich die Getränke mitbringen oder im Kiosk kaufen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, plädiert ebenfalls dafür, dass ein Runder Tisch Schaafenstraße mit Verwaltung, Anwohnern und Wirten einberufen wird.

Frau Schmitt, Anwohnerin, berichtet, dass die Sperrung der Straße Lärm, Dreck und Vandalismus für die Anwohner potenziert habe. Sie schlägt vor, die Balduinstraße zur Schaafenstraße und zur Rubensstraße zu sperren und dort Sicherheitspersonal einzusetzen, um die Straße weiterhin für die Anwohner bewohnbar zu machen. Darüber hinaus sollen an jedem Wochenende Streetworker vor Ort sein sowie ein Vivacon-Agua-Stand (an dem kostenlos Wasser ausgegeben werde) eingerichtet werden. Sie regt eine institutionalisierte Hilfe für die Jugendlichen und eine Aufstockung des

Personals im Ordnungsamt an. Als Anwohnerin bietet sie an, sich an einem runden Tisch einzubringen.

Herr Hupke unterstreicht, wie wichtig Nachbarschaftsinitiativen sind. Die Menschen, die nach Köln kommen, müssten die 2000 Jahre alte Innenstadt respektvoll behandeln, die komplette Stadtgesellschaft müsse dies unterstützen.

Auf Nachfrage von Herrn Vinçon, Grüne, räumt Herr Mehlem, Polizei, ein, dass eine Polizeianlaufstation wie am Dom eher nicht helfe, da das Problem nicht rund um die Uhr bestehe, das Personal aber immer anwesend sein müsste.

Herr Büscher, Amt für öffentliche Ordnung, will in der Verwaltung die Idee einer Anlaufstelle, ggf. in einem Container prüfen. Eventuell könne diese durch externes Personal besetzt werden. Die Kosten müssten dabei im Blick gehalten werden.

Auf Nachfrage von Herrn Uerlich, CDU, und Herrn Leitner, CDU, antwortet Herr Mehlem, Polizei, dass in der Schaafenstraße und Weidengasse aus Sicht der Polizei keine Poserszene festgestellt werde. Herr Hupke ergänzt, dass nicht alles zur Anzeige bei der Polizei komme und empfiehlt jedem, am Wochenende dort vorbeizufahren.

1.2 Aktuelle Stunde - Interimsschulbauten im Inneren Grüngürtel - auf Antrag Klimafreunde und Grüne

Frau Horch, Klimafreunde, führt aus, dass Interimsbauten für die Sanierung von sechs innerstädtischen Schulen benötigt werden. Die Interimsbauten werden nach der Fertigstellung nach zehn Jahren wieder abgerissen. Ende August 2020 gab es den Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung in der Kreuzerstraße 11 und am Venloer Wall 13 b. Die Kreuzerstraße 11 sei ein Bouleplatz im inneren Grüngürtel, gegenüber sei ein Parkplatz und der Venloer Wall 13 b sei eine Grünfläche mit viel Baumbestand, angrenzend an den Grüngürtel und das Außengelände zweier Kitas. Um die Interimmsgebäude aufzustellen würden Baumfällungen notwendig. Die Beiräte der beiden Kitas wehren sich öffentlich gegen dieses Vorhaben. Diese Maßnahme stehe nicht nur im Konflikt mit dem ausgerufenen Klimanotstand in Köln, sondern auch mit einer sinnvollen familienpolitischen Prioritätensetzung. Auch bei dem begrenzten öffentlichen Raum, sei es alles andere als alternativlos Grünflächen in der Innenstadt zu bebauen. Es sei eine Frage von Prioritäten, die wegen der Nachrichten über Katastrophen aufgrund des Klimawandels neu zu bewerten sei. In der Innenstadt brauche man jeden Quadratzentimeter entsiegelten Boden, Grünflächen und Bäume zur Kühlung, Befeuchtung und Luftreinigung als Wasserspeicher und als Freizeitfläche. Sie hofft, statt der Grünflächen versiegelte Fahrbahn oder Parkflächen nutzen zu können. Sie bittet die Verwaltung, die vorab gestellten Fragen zu beantworten.

Frau Rinnenburger, Gebäudewirtschaft, führt aus, dass die Standortsuche für die Interimsbauten 2007 begonnen habe. Die Standortüberprüfungen werden den Mitgliedern der Bezirksvertretung als Tischvorlage vorgelegt. Sie weist darauf hin, dass selbstverständlich Ersatzpflanzungen erfolgen.

Frau Damaschek, Gebäudewirtschaft, berichtet, dass die beiden Interimsbauten für sechs dringend zu sanierende Schulen an 5 Standorten im Innenstadtbereich benötigt würden. Der Fokus liege bei der Standortsuche auch darauf, dass die Schüler ortsnah im Viertel bleiben können. Sie stellt die vorgelegte Präsentation mit den not-

wendigen Maßnahmen an den Schulen, den Ringtausch für die Nutzung der Interimsbauten und die Überprüfung von Alternativstandorten vor. Sie betont, dass mit den Maßnahmen 700 Schulplätze gesichert sowie 120 neue Schulplätze geschaffen werden können. Interimsbauten würden nach Kölner Standard gebaut, damit hätten diese einen Energieverbrauch von 30 % unter der NRW Einsparverordnung. Beide Standorte wurden bereits an einen Totalunternehmer vergeben, die Leistungsphasen 1, 2 und 3 sind abgeschlossen, der Bauantrag soll im September mit den entsprechend erforderlichen Fällgenehmigungen eingereicht werden. Die Modulbauten sollen 2022 erstellt werden

Frau Kosubek, Grüne, betont, dass es um ca. 8-15 Bäume gehe und fragt, ob der Klimanotstand und der schützenswerte Grüngürtel nun nicht mehr zählen. Sie berichtet, dass in Nürnberg 14 Linden verpflanzt wurden und stellt die Frage, ob dies hier auch möglich sei.

Herr Scheffer, Die Linke, erklärt, dass nach seiner Einschätzung das Grundstück nicht für einen Interimsbau geeignet sei, zumal es einen Eingriff in den inneren Grüngürtel und dessen Flora und Fauna bedeute. Er kritisiert die dürftige Beantwortung der Anfrage unter TOP 6.2.4.1 und bittet diese nachzuholen. Die Beteiligung der Bürger nur mit einer rechtzeitigen Information über den Baubeginn sei nicht bürgernah. Er wünscht, dass die Planung an dieser Stelle nochmals gestoppt werde.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist auf die Entscheidung des Schulausschusses in dieser Sache hin. Die Zeit habe sich aber dramatisch verändert. Ein Eingriff in den inneren Grüngürtel sei nicht mehr gewollt. Die Innenstadt leiste auf ihren 14 Quadratkilometern Fläche einen immensen Beitrag für alle Stadtbezirke.

Frau Utku, Grüne, fragt nach den Kriterien für einen Interimsbau und, ob diese in den letzten Jahren verändert worden seien und, ob es Ersatzpflanzungen geben werde.

Frau Cazier, Grüne, führt aus, dass für die Grundschüler sehr wenig Platz im Außenbereich vorhanden sei.

Frau Dr. Börschel, SPD, bedankt sich für die Information der Fachverwaltung, die die komplexen und logistischen Herausforderungen, die hinter solchen Schulsanierungen stehen, dargestellt habe. Man habe gerade auch für die Schulen im Agnesviertel versucht, gute Lösungen, auch unter ökologischen Gesichtspunkten, zu finden. Sie erinnert, dass Interimsbauten mit der Maßgabe zugestimmt wurde, dass die Grünfläche nach der Nutzung qualitativ hochwertiger, wiederhergestellt werde. Die Ökologie sei ein wichtiger Aspekt, aber auch die Pädagogik und kurze Wege für die Schülerinnen und Schüler.

Herr Dr. Bauer, Amt für Grünflächen und Landschaftspflege, berichtet, dass vor einer Nutzung einer bestehenden Grünfläche alle anderen Möglichkeiten geprüft werden müssen. Es gebe eine von Herrn Voigtsberger, Herrn Greitemann und dem Vorsitzenden der unteren Naturschutzbehörde unterschriebene Absichtserklärung, die zum Inhalt habe, dass man nur im äußersten Notfall in Grünflächen oder Landschaftsschutzgebiete gehe. Der innere Grüngürtel sei als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen, nur im Bereich Venloer Wall und im Bereich der Kreuzer Straße nicht. Dort sei eine Bebauung nach § 34 BauGB möglich. Die Fläche Venloer Wall sei in der Bewirtschaftung der Gebäudewirtschaft und bei der Fläche Kreuzer Straße handle es sich um einen Bouleplatz und einen wilden Parkplatz. Nach der Zwischennutzung könne man diese Flächen wiederherstellen. Er betont auch, dass ein Standort mehrfach genutzt würde, wodurch nicht sechs, sondern nur zwei Standorte gebraucht

würden. Ersatzpflanzungen würden erfolgen. Bäume könne man umpflanzen, es handele sich hier aber nicht um Einzelbäume, sodass dies aufgrund der Verwurzelung miteinander nicht möglich sei.

Herr Fischer, Grüne, fragt, inwieweit auf die Lehrerparkplätze verzichtet werden könne, da es eine sehr gute ÖPNV Anbindung gebe.

Frau Horch, Klimafreunde, bedankt sich ebenfalls für die Beantwortung der Fragen und fragt, ob die Vogelsanger Straße auf Höhe des Grüngürtels als Alternativstandort möglich sei.

Herr Scheffer, Die Linke, fragt nach der verkehrlichen Anbindung.

Frau Rinnenburger, Gebäudewirtschaft, lässt die Verpflanzung der Bäume prüfen. Ebenfalls werden eine Dachbegrünung sowie der Verzicht auf Lehrerparkplätze geprüft. Auch eine Renaturierung der Flächen nach der 10jährigen Nutzung prüfe man. Der Schulhof in der sehr beliebten Grundschule Gilbachstraße sei so klein, dass man diesen in der Bauphase auf zwei Etagen plane. Der Außenbereich der Interimsbauten sei klein, liege aber auch direkt am Grüngürtel. In einem Interimsbau müsste der komplette Schulbedarf wie im normalen Schulbetrieb sichergestellt werden, man versuche Plätze zusammenzuführen z. B. eigener Bereich für den offenen Ganzttag. Auf Nachfrage von Herr Leitner, CDU, antwortet Frau Rinnenburger, dass eine weitere Nutzung der Interimsbauten an diesem Standort nicht geprüft werde. Viele Bauteile der Modulbauten seien aber recyclebar, dies sei ein Ausschreibungskriterium.

Ergänzungen zur Niederschrift:

Frage:

„Welche weiteren Alternativstandorte wurden geprüft? Aus welchen Gründen wurden sie abgelehnt? Ist die Platzierung auf Straßen oder öffentlichen Parkplätzen (mit Sperrung dieser) erwogen worden?“

Zusatz zur Niederschrift- schriftliche Antwort der Verwaltung:

Ergänzend zu den in der Sitzung aufgeführten Standorten Dagobertstraße / Niederichstraße, Verkehrsübungsplatz Neusser Straße, Bauwagenplatz Krefelder Straße, Gladbacher Wall 5, Bürgerzentrum Turmstraße, Fachhochschule Türmchenswall, Severinswall, Volksgartenstraße 25, Venloer Straße 82, Kreuzer Straße teilt die Verwaltung mit, dass bereits in 2008 folgende Standorte als Ersatzstandorte für die Montessorischule Gilbachstraße untersucht wurden:

- Krefelder Straße 111: Erschien grundsätzlich möglich, erwies sich jedoch, wie in der Sitzung dargestellt, in den weiteren Untersuchungen als risikobehaftet.
- Bernhard-Letterhaus-Straße: Das Gebäude sollte zum damaligen Zeitpunkt zur Entlastung des Schulstandorts Balthasarstraße dienen und ist jetzt Bestandteil des Ringtausches.
- Eupener Straße 157: Das von einem Privateigentümer angebotene Objekt erschien geeignet, da dort die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung untergebracht war und die Räume Klassengröße hatten. Im Laufe der weiteren Untersuchungen wurde bekannt, dass das Gebäude nicht mehr zur Verfügung steht.
- Herkulesstraße 42: Eine Bebauung des städtischen Grundstücks mit einer Schule wäre grundsätzlich möglich gewesen. In 2014 musste der Standort zur Notaufnahme für die Unterbringung von Flüchtlingsfamilien zur Erfüllung der gesetzlichen Unter-

bringungsverpflichtung und Vermeidung drohender Obdachlosigkeit umgewandelt werden und steht daher nicht zur Verfügung.

- Jesuitengasse 87: Wäre grundsätzlich geeignet gewesen, jedoch strebte der Eigentümer eine großflächige Wohnbebauung an.

- Vorgebirgswall 4-8: Für den Standort waren bereits zum Zeitpunkt der Untersuchung konkurrierende Nutzungsanforderungen bekannt und das Grundstück wurde auf Grund seiner Lage als kritisch eingeschätzt.

- Venloer Wall 13: Dieser Standort wird weiterverfolgt.

Zum Standort Vogelsanger Straße hat die Verwaltung ein zusätzliches Schaubild zur in der Sitzung gezeigten Präsentation angefertigt. Die Präsentation wird den Fraktionen als Ergänzung zur Niederschrift digital zur Verfügung gestellt.

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt Bauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019 1094/2021

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird vertagt (Antrag CDU)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Mitteilung wird unter TOP 9.21 beraten - Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 68454/04 nach § 3 Absatz 2 BauGB

3.3 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene 0880/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. beschließt das vorliegende Rahmenkonzept zur modellhaften Öffnung ausgewählter Schulhöfe und beauftragt die Verwaltung mit der Modellumsetzung an neun ausgewählten Schulstandorten, nach Möglichkeit und in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie sowie bei gesicherter Finanzierung ab dem 01.10.2021 für einen zunächst Zweijahres-Zeitraum bis 30.09.2023.

Die mit der Schulhoföffnung verbundenen konsumtiven Kosten in Höhe von rund 144.736 € werden im Haushaltsjahr 2021 durch Umschichtung von veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Im Haushaltsjahr 2022 erfolgt eine Finanzierung in Höhe von rund 549.042 € bzw. im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von rund 411.781 € durch Umschichtungen im Rahmen des im Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. zugewiesenen Budgets des Dezernates Bildung, Jugend und Sport. Die Mittel werden im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Des Weiteren werden in den Jahren 2022 und 2023 jeweils Mittel in Höhe von 17.500 € über den Teilergebnisplan 0801 – Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Leitprojekt Sportentwicklungsplanung finanziert.

2. beauftragt die Verwaltung, ihre Erfahrungen und die Ergebnisse der Evaluation durch die Deutsche Sporthochschule Köln in 2023 in den politischen Gremien mitzuteilen und einen Vorschlag, ggf. in Varianten, zur Beendigung, Beibehaltung oder Ausweitung des Modellversuchs zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Baubeschluss 2497/2021

Frau Dr. Börschel, SPD, hält eine Lösung der Problematik am Neumarkt durch den Neubau eines Brunnens für zu kurz gedacht. Zur Lösung der Situation am Neumarkt bedarf es eines Zusammenkommens von unterschiedlichsten Maßnahmen wie z. B. Sozialarbeit, polizei- und ordnungsrechtliche Arbeit. Hinzu käme, dass derzeit nicht bekannt sei, wie der Neumarkt in fünf oder zehn Jahren aussehen werde. Sie beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage auch vor dem Hintergrund, dass derzeit von Interessengemeinschaften Vorschläge für die Gestaltung des Neumarktes entwickelt werden. Diese solle man abwarten, ehe für einen isoliert betrachteten Brunnen viel Geld investiert werde.

Herr Leitner, CDU, unterstreicht die Aussagen von Frau Dr. Börschel. Auch bevor die Ost-West Bahn in einem Zeitfenster von vielleicht zehn Jahren komme, müsse der Neumarkt gestaltet werden. Wenn ein Brunnen dort angelegt werde, müsse eine Ausschreibung mit Künstlern erfolgen, die den gesamten Raum so gestalten, dass er ansprechend werde. Dabei seien auch Sozialarbeiter aufgrund der Drogenproblematik vor Ort zu beteiligen. Das Thema sei komplex und es gehe nicht nur darum einen Brunnen wieder laufen zu lassen. Der Neumarkt sei kein Provinzplatz und brauche insgesamt eine neue Lösung.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist darauf hin, dass sieben Gremien mit der Beschlussvorlage befasst seien.

Herr Scheffer, Die Linke, erinnert sich an einen Beschluss der BV 1, wohl angestoßen von der Ratsgruppe GUT, zur barrierefreien Kreuzung des Neumarkts.

I. Abstimmung über den Antrag der SPD auf Vertagung der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von sieben Stimmen der Grünen und den Stimmen der CDU (insgesamt 10) gegen die Stimmen der SPD, Die Linke, Die Partei und Klimafreunde (insgesamt 7) bei Enthaltung einer Stimme der Grünen **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung

Beschluss:

1. Der Bauausschuss nimmt die Ausführungsplanung der Brunnenanlage auf dem Neumarkt zur Kenntnis und stellt den Bedarf für den Bau der Anlage mit Baukosten von rund 631.000 Euro fest. Die Baumaßnahme wird im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft abgebildet; die zu errichtende Brunnenanlage gehört zum Sondervermögen der Gebäudewirtschaft.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe für den Bau der Brunnenanlage durchzuführen.
Zudem genehmigt der Bauausschuss einen Risikozuschlag in Höhe von 25 Prozent bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten. Dies entspricht einem Betrag von rund 158.000 Euro brutto.
2. Die Refinanzierung der vorgenannten Investitionskosten der Gebäudewirtschaft erfolgt über einen nicht rückzahlbaren städtischen Zuschuss.
Der Finanzausschuss beschließt –vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Bauausschuss- die Freigabe von konsumtiven Aufwandsermächtigungen in Höhe von insgesamt rund 789.000 Euro inklusive des Risikozuschlags von rund 158.000 Euro für den Bau einer Brunnenanlage auf dem Neumarkt. Die Mittel stehen in Höhe von 600.000 Euro im Teilergebnisplan 1301/ Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen durch übertragene Aufwandsermächtigungen aus 2020 sowie in Höhe von 189.000 Euro in Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus den für Brunnensanierungen in 2021 bereitgestellten Aufwendungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von 4 Stimmen der Grünen gegen die Stimmen der CDU (3) bei Enthaltung von 4 Stimmen der Grünen, SPD, Die Linke **zugestimmt**. Die Partei und Klimafreunde haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

3.4.1 Neubau eines Brunnens am Neumarkt - Baubeschluss, Änderungsantrag Grüne AN/1792/2021

Der Antragsteller hat den Antrag zurückgezogen.

3.5 Einrichtungsbeschluss für den Erweiterungsbau Palmstraße für das Königin-Luise-Gymnasium, Alte Wallgasse 10 in 50672 Köln 0684/2021

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Königin-Luise-Gymnasiums, Alte Wallgasse 10, 50672 Köln-Innenstadt mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1.040.475,00 € brutto (investiver Anteil: 208.095,00 €, konsumtiver Anteil: 832.380,00 €). Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 832.380,00 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 208.095,00 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei Finanzstelle 4013-0301-1-3075 – GYM Alte Wallgasse- Einrichtung bei Erweiterung.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke.

3.6 Einrichtungsbeschluss für den Neubau der integrierten Gesamtschule Innenstadt, Frankstraße 26 in 50676 Köln am Teilstandort Severinswall 40/40a in 50678 Köln 2480/2021

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Neubaus der integrierten Gesamtschule Innenstadt, Frankstraße 26 in 50676 Köln am Teilstandort Severinswall 40/40a, 50678 Köln-Innenstadt mit Gesamtkosten in Höhe von rund 983.475,00 Euro (investiver Anteil: 196.695,00 Euro, konsumtiver Anteil: 786.780,00 Euro).

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 786.780,00 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 196.695,00 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke.

3.7 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2412/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 277. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Änderungen zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.8 Förderprogramm "Dritte Orte" - Förderungen von eingetragenen Vereinen aus dem Stadtgebiet 2641/2021

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren

beschließt auf der Grundlage des vom Rat am 06.05.2021 beschlossenen Förderprogramms (Vorlagen-Nr. 0022/2021) die Förderung der in der beiliegenden Anlage aufgelisteten eingetragenen Vereine aus dem Kölner Stadtgebiet für das Förderjahr 2021 bis zu maximal

- 201.500 Euro für Projekt – und Baukostenzuschüsse sowie
- 284.370 Euro für institutionelle Förderungen.

Entsprechende Mittel stehen im Doppelhaushalt 2020/2021, Hj. 2021 im Teilergebnisplan 0507 Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen – siehe Erläuterungen: „Betriebskostenzuschüsse für Bürgerbegegnungsstätten und soziokulturelle Nutzer in den Stadtteilen“ in Höhe von 200.000 Euro, „Betriebskostenzuschüsse für Bürgerbegegnungsstätten und soziokulturelle Nutzer“ in Höhe von 150.000 Euro sowie „Baukostenzuschüsse für Bürger- und Vereinseinrichtungen (ohne Sport)“ in Höhe von 350.000 Euro (700.000 Euro insgesamt) – zur Förderung von Begegnungsinitiativen im Sinne des Förderprogramms „Dritte Orte“ zur Verfügung.

Die Entscheidung zu Anzahl und Förderhöhe mehrjähriger Förderungen ab dem Haushaltsjahr 2022 wird mit gesonderter Beschlussvorlage eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.9 Haushaltsplan 2022
hier: Veranschlagung der bezirksorientierten Mittel 2022 gem. § 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
2403/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die Verwendung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022 unter Bezug auf den Beschluss des Rates vom 24.06.2021 in Höhe von 165.700 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.10 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2022 einschließlich der Finanzplanung bis 2025 und der sonstigen Anlagen
2902/2021**

Auf die Abstimmung des Ergänzungsantrags unter TOP 3.10.1 wird hingewiesen

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt den Haushaltsplan-Entwurf für den Haushalt 2022 einschließlich der Finanzplanung bis 2025 und der sonstigen Anlagen zur Kenntnis.

Analog zu den bezirksorientierten Mitteln wird allen Bezirksvertretungen ein zusätzlicher Etat von jeweils 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt, der als „klimaschutzorientierte Mittel“ für die Förderung konkreter Maßnahmen aus dem Kreis der Bevölkerung auf Bezirksebene eingesetzt werden soll, die dem Klimaschutz dienen. Dies können beispielsweise Maßnahmen der Klimafolgenanpassung, Klimaschutz- oder Umweltprojekte sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.10.1 Klimaschutzorientierte Mittel, gem. Ergänzungsantrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde, Die Partei
AN/1659/2021**

Beschluss:

Analog zu den bezirksorientierten Mitteln wird allen Bezirksvertretungen ein zusätzlicher Etat von jeweils 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt, der als „klimaschutzorientierte Mittel“ für die Förderung konkreter Maßnahmen aus dem Kreis der Bevölkerung auf Bezirksebene eingesetzt werden soll, die dem Klimaschutz dienen. Dies können beispielsweise Maßnahmen der Klimafolgenanpassung, Klimaschutz- oder Umweltprojekte sein.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grünen, CDU, Die Linke, Die Partei und Klimafreunde gegen 2 Stimmen der SPD bei Enthaltung einer Stimme der CDU **zugestimmt**.

**3.11 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
2310/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt schließt sich im Rahmen ihres Anhörungsrechts dem Votum des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 14.06.2021 an und beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021

1. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
 - des Weltkindertages vom 12.09. – 19.09.2021
(incl. Auf- und Abbaueiten 11.09. – 20.09.2021)

dem Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.12 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Gem. Dringlichkeitsantrag - Untersagung des Betriebes von E-Scootern im Stadtbezirk Innenstadt
2509/2021**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb von E-Scootern im Stadtbezirk Innenstadt mit sofortiger Wirkung so lange zu untersagen, bis folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Bergung sämtlicher im Rhein versenkter E-Scooter durch und auf Kosten der Verleihfirmen.
- generelles Verbot des Abstellens der E-Scooter auf Gehwegen, stattdessen Schaffung von ausgewiesenen Abstellflächen auf vorhandenen Parkstreifen, außerhalb derer eine Beendigung der Fahrt technisch nicht möglich ist.
- Anordnung eines generellen Betriebsverbots zwischen 21 Uhr und 6 Uhr.
- Erhebung einer adäquaten Sondernutzungsgebühr z.B. in Höhe von 10 Euro pro Tag und Fahrzeug, auch als Ausgleich für entfallende Parkgebühren bei Umwandlung bewirtschafteter Parkflächen.
Eine entsprechende Verwaltungsvorlage ist den zuständigen Gremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.12.1 Untersagung des Betriebes von E-Scootern im Stadtbezirk Innenstadt, gem. Dringlichkeitsantrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, Die Partei, Klimafreunde
AN/1535/2021**

Erledigt durch die Dringlichkeitsentscheidung TOP 3.12.

**3.13 Genehmigung Dringlichkeitsantrag - Gem. Dringlichkeitsantrag - Sperrung der Schaafenstraße an Freitag- und Samstagabend von jeweils 19:00 Uhr bis 6:00 Uhr des darauf folgenden Tages
2563/2021**

Beschluss:

Die BV Innenstadt-Deutz beschließt mit der Bitte an die Verwaltung, dass die Schaafenstraße zwischen Habsburgerring/Hohenstauferring und Am Rinckenpfehl jeweils am WE von Freitagabend 19:00 Uhr bis Samstagmorgen 6:00 Uhr und von Samstagabend 19:00 Uhr bis Sonntagmorgen 6:00 Uhr mit „Warn-Baken“ ab sofort gesperrt wird, damit für diese Zeiträume keine Durchfahrt mehr für den „Motorisierten Individualverkehr“ -MIV- nicht mehr möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.13.1 Gem Dringlichkeitsantrag - Sperrung der Schaafenstraße an Freitag- und Samstagabend von jeweils 19:00 Uhr bis 6:00 Uhr des darauf folgenden Tages - gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Klimafreunde und Die Partei
AN/1543/2021**

Erledigt durch die Dringlichkeitsentscheidung TOP 3.13

**3.14 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
2634/2021**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021

- a. Den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - der Stadtteilimpfungen im Rahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie am 31.07.2021 von 14.00 bis 22.00 Uhr (inkl. Auf- und Abbau)

dem Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.15 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung - Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 19.09.2021
2554/2021**

Der Antragsteller hat den Antrag auf Sonntagsöffnung zurückgezogen.

**3.16 Erneuerung der Eisenbahnüberführung der Deutz-Mülheimer Straße, Bauwerk B in Köln-Deutz durch die DB Netz AG
2402/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich einer positiven Prüfung der von der DB Netz AG erstellten Fiktivkosten- und Ablöseberechnung, eine Kreuzungsvereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) zur Erneuerung des DB-Brückenbauwerks B über die Deutz-Mülheimer Straße inklusive einer Erweiterung der lichten Höhe und der lichten Weite zur verkehrsgerechten Gestaltung des Straßenraumes mit der DB Netz AG abzuschließen, auf dieser Grundlage

die Finanzierung sicherzustellen und Fördermittel nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus (FöRiKomStra) sowie nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NRW (ÖPNVG) zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.17 Städtebauliches Planungskonzept Deutzer Hafen in Köln-Deutz;
Hier: Anpassung des Beschlusses über die Vorgaben zur Ausarbeitung
des Bebauungsplan-Entwurfes, Fortschreibung des Integrierten Plans
Deutzer Hafen im Bereich des Ostdreiecks
2608/2021**

Herr Müller, Die Linke, weist auf Seite 4 der Beschlussvorlage hin, wonach auf Bau-
feld Ost 03 eine fünf- bis siebengeschossige Bebauung mit überwiegend Wohnnut-
zung geplant gewesen sei. Das Bau-
feld wolle die Firma STRABAG nunmehr mit ei-
nem weiteren Hochpunkt mit bis zu 14 Geschossen bebauen. Er spricht sich für eine
Bebauung nach dem gültigen Bebauungsplan mit 6-7 Geschossen aus. Die jetzige
Planung bedeute eine langsame Umorientierung der Planung Deutzer Hafen. Es feh-
le nicht nur die ursprünglich geplante Wohnbebauung, sondern es würden auch
Probleme bezüglich des Klimas und der Verschattung entstehen. Daher lehne er die
Planung ab.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt die Anpassung des Beschlusses vom 19.09.2019 (vgl. Vorlagen-Nr. 2545/2019) für die Fortschreibung des städtebaulichen Planungskonzepts im Bereich des Ostdreiecks zwischen Siegburger Straße und Poller Kirchweg gemäß Anlage 2 umzusetzen.
2. beauftragt die Verwaltung das Bebauungsplanverfahren "Deutzer Hafen" auf dieser Grundlage voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, CDU und SPD gegen die Stimmen Die Linke, Die Partei und Klimafreunde **zugestimmt.**

**4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des
Landes Nordrhein-Westfalen**

**4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Einrichtung eines Europaplatzes" Aktenzeichen 34/21B
0711/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt den Petent*innen für die Bürgereingabe nach § 24 GO.

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Vorschlag der Petent*innen zustimmend zur Kenntnis und lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: „Marienplatz 4-12, 50676 Köln, Entfernung Hochbeet (Az.: 02-1600-122-21)
2395/2021**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt (Antrag Ortstermin-Grüne)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Rad- und Fußgängerüberwege Innerer Grüngürtel (Az.: 02-1600-21/21)
2715/2021**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt (Antrag Ortstermin Grüne).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: AZ 160-21 Freigabe Linksabbiegen aus der Kyllstraße (Az.: 02-1600-160/21)
2836/2021**

Der Petent stellt seine Eingabe vor.

Herr Leitner, empfindet diese Kreuzung als gefährlich für die Fahrradfahrer, die aus dem dunklen Raum der Unterführung kommen und so leicht übersehen werden können. Er beantragt, in der Kyllstraße ein Stoppschild aufzustellen.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrsregelung so abzuändern, dass der Verkehr aus der Kyllstraße künftig in beide Fahrrichtungen abbiegen kann **und ordnet an der Kyllstraße ein Stoppschild an.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verbesserung der Verkehrsführung Ecke Herwarthstraße/Werderstraße/Dorothee-Sölle-Platz (Az.: 02-1600-126/21)
2600/2021**

Frau Horch, Klimafreunde, beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage mit der Maßgabe einen Ortstermin durchzuführen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt (Ortstermin-Antrag Klimafreunde).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

**5.1.1 Superblöcke für Köln - für Aufenthaltsqualität und die Verkehrswende im Veedel
AN/1138/2021**

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, bittet als Ergebnis eines internen Gesprächs den Begriff „Superblöcke“ im Antrag und weiteren Prozess durch „Veedelsblöcke“ zu ersetzen. Er führt aus, dass Verkehrliche Maßnahmen im SUMP (sustainable urban mobility plan) abgestimmt und integriert werden sollen. Er regt an die Veedelsblöcke, die über mehrere Jahre entwickelt und umgesetzt werden, dort zu berücksichtigen und beantragt die Ergänzung des Antrags wie folgt: „Die Maßnahmen sollen auch im SUMP (sustainable urban mobility plan) berücksichtigt werden.“ Über eine genaue Benennung spezifischer Veedelsblöcke soll heute nicht abgestimmt werden, da hierzu noch Vorplanungen sowie Diskussionen in den Fraktionen und gegebenenfalls mit Interessengemeinschaften notwendig seien. Außerdem könne durch den allgemeinen Antrag variabel auf Wünsche eingegangen werden.

Herr Leitner, CDU, weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handele und bittet dies zu ergänzen.

Herr Vinçon, Grüne, beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, teilt mit, dass durch die Wortwahl im Beschlusstext impliziert werde, dass es sich um einen längeren Prozess handle, sodass es nicht der Ergänzung „Prüfauftrag“ bedürfe.

Ergänzter Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, vorbereitende Maßnahmen zur Umsetzung von "**Veedelsblocks**" nach dem Vorbild von Barcelona zu treffen und den Prozess zur Auswahl von geeigneten Gebieten zu starten.

Die "**Veedelsblocks**" sind dabei gekennzeichnet durch eine Unterbindung von Durchgangsverkehren des MIV, sonstige Maßnahme der Verkehrsberuhigung (Tempo 20 / Tempo 30, Fahrbahnverschwenkungen), eine Umwidmung von Parkflächen für mehr Aufenthaltsqualität sowie eine Umgestaltung ggf. auch mit künstlerisch-temporären Mitteln.

Zur Vorbereitung gehören insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- a) Eine Zusammenstellung der Gestaltungsprinzipien für "**Veedelsblöcke**" sowie ein Konzept zur Umsetzung in Köln, insbesondere im Bereich der Kölner Innenstadt.
- b) Die Beantragung von Fördermitteln, insb. von Bundes- und Landesebene, zur Vorbereitung, Planungen, Umsetzung und Evaluierung von **Veedelsblöcken**.
- c) Vorbereitende Gespräche mit potentiellen Dienstleistern zur gestalterisch-künstlerischen Umsetzung von Markierungen und Möblierungen (u.a. CityLeaks, stadtkontraste) und die Erarbeitung zur Richtlinien im Umgang mit den Auflagen des Gestaltungshandbuchs. Hierbei können die am Eigelstein / an der Deutzer Freiheit entwickelten und umgesetzten Module weiterentwickelt werden.

Zum Prozess zur Auswahl des Gebietes sollen die folgenden Schritte umgesetzt werden:

- a) Die Festlegung von Kriterien zu Auswahl eines Gebiets im Bereich der Innenstadt (bestehende Mobilitäts-/Nachbarschaftsinitiativen, verkehrliche Machbarkeit, aktueller Modalsplit / Fahrzeugbestand, umliegende Parkhäuser).
- b) Die Erstellung von verkehrlichen Skizzen für verschiedene Gebiete zur effektiven Unterbindung von Durchgangsverkehren, u.a. durch Diagonal- oder Quersperren, der Wegnahme von Fahrtrichtungen durch Einbahnstraßenregelungen sowie sonstiger Optionen der Verkehrsberuhigung.

Sowohl die allgemein vorbereitenden Maßnahmen als auch die zur Auswahl von Gebieten sollen im Rahmen von ggf. mehreren Fachworkshops den Vertreter*innen der Politik sowie Expert*innen aus den für Superblocks relevanten Bereichen vorgestellt werden.

Die Maßnahmen sollen auch im SUMP (sustainable urban mobility plan) berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.1.2 Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall, Antrag Grüne AN/1321/2020

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, spricht sich für einen Beschluss des Änderungsantrags der FDP aus. Es sei nicht nachvollziehbar, warum versenkbare Poller in anderen Städten erfolgreich genutzt würden und dies in Köln nicht möglich sei. Als Ergebnis des Ortstermins berichtet er, dass der Fahrradbeauftragte sich für eine Fußgängerzone statt einer Fahrradstraße ausgesprochen habe, da dort keine Fahrradachse liege und auf der Magnusstraße ein Radstreifen eingerichtet worden seien, der eine qualitativ hochwertige Führung des Radverkehrs ermögliche. Der Antrag soll in Abstimmung mit der Fachverwaltung in einen Prüfauftrag geändert werden.

Herr Leitner, CDU, ergänzt aufgrund der Zusage der Fachverwaltung, dass die Ergebnisse des Prüfauftrags bis Anfang November vorgestellt werden sollen. Außerdem bittet er den Antrag wie folgt zu ergänzen: „Es ist zu prüfen, ob der Taxenstand auf die andere Straßenseite gegenüber von den Sartory-Sälen verlegt werden kann, um so eine repräsentative Vorfahrt zu den Sartory-Sälen zu ermöglichen.“ Er betont, dass eine Sperrung der Friesenstraße im hinteren Bereich notwendig sei, um keine Gefährdung der Fahrradstraße auszulösen.

Ergänzter Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, Planungen für die Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall gemäß der folgenden Vorgaben ~~vorzunehmen~~ **bis Anfang November zu prüfen:**

1. Die Durchfahrt an der Ecke Friesenstraße und Friesenwall wird durch eine Durchfahrtssperre (Pollerreihe) unterbunden.
2. Der Friesenwall zwischen Klapperhof und Friesenwall wird zur Sackgasse für den motorisierten Verkehr. Der Abschnitt verbleibt als ~~Fahrradstraße~~ **Fußgängerzone**, das Parken für den motorisierten Verkehr wird beidseitig entfernt, Lieferverkehr sind frei zwischen 6:00 und 11:00 Uhr.
3. ~~Die Friesenstraße zwischen Römergasse und Friesenwall wird zur Sackgasse für den motorisierten Verkehr. Der Abschnitt wird neu als Fahrradstraße ausgewiesen, das Parken für den motorisierten Verkehr wird beidseitig entfernt, Lieferverkehre sind frei zwischen 6:00 und 11:00 Uhr.~~
Die Durchfahrt an der Ecke Friesenstraße und Römergasse wird durch versenkbare Poller unterbunden. Der Verkehr wird über die Römergasse abgeleitet. Der Abschnitt zwischen Römergasse und Friesenwall wird als Fußgängerzone (Fahrräder frei) ausgewiesen, das Parken für den motorisierten Verkehr wird beidseitig entfernt, Lieferverkehr ist frei zwischen 6:00 und 11:00 Uhr.
4. Der Umsetzungsplan ist der Öffentlichkeit in einer geeigneten Form vorzustellen.
5. **Es ist zu prüfen, ob der Taxenstand auf die andere Straßenseite gegenüber von den Sartory-Sälen verlegt werden kann, um so eine repräsentative Vorfahrt zu den Sartory-Sälen zu ermöglichen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.1.2.1 Änderungsantrag - Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall - Änderungsantrag FDP
AN/1474/2020**

Beschluss:

Punkt 3 wird wie folgt geändert:

Die Durchfahrt am der Ecke Friesenstraße und Römergasse wird durch versenkbare Poller unterbunden. Der Verkehr wird über die Römergasse abgeleitet. Der Abschnitt zwischen Römergasse und Friesenwall wird als Fußgängerzone(Fahrräder frei) ausgewiesen, das Parken für den motorisierten Verkehr wird beidseitig entfernt, Lieferverkehr ist frei zwischen 6:00 und 11:00 Uhr

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.1.3 Fahrradschutzstreifen Hohenzollernring Einbiegung in die Maastrichter Straße, Antrag SPD
AN/1312/2020**

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

**5.2.1 Unübersichtliche Kreuzung Waisenhausgasse/Vor den Siebenburgen/Trierer Str/Am Pantaleonsberg, Antrag Grüne
AN/1620/2021**

Beschluss:

Es soll eine Verbesserung der unübersichtlichen Situation im Kreuzungsbereich Waisenhausgasse/Vor den Siebenburgen/Trierer Str/Am Pantaleonsberg hergestellt werden. Bei einem Ortstermin soll geklärt werden, ob hier Zebrastreifen zur Verkehrssicherheit zum Einsatz kommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.2 Planungen zur Verbesserung des Mikroklimas in der Kölner Innenstadt, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke, Die Partei, Klimafreunde, FDP AN/1641/2021

Beschluss:

Die Verwaltung erläutert in der ersten Sitzung der BV Innenstadt 2022 ihre Planungen zur Verbesserung des Mikroklimas in der Kölner Innenstadt und ihr - wie in Kölner Perspektiven 2030+ aufgeführt- aktives Handeln bei der Klimawandelanpassung. Insbesondere die Fragen von Entsiegelung und Schaffung neuer Grünräume und Wasserflächen zur Verbesserung des Mikroklimas in der Innenstadt sind von großem Interesse. Ebenso die Möglichkeit die unterirdischen Bäche freizulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.3 Antrag "Sperrung der Weidengasse für den MIV an den Wochenenden", Antrag FDP AN/1634/2021

Herr Leitner, CDU, wendet ein, dass die Polizei eine Poser-Szene auf der Weidengasse nicht bestätigt habe, daher spricht er sich gegen eine Sperrung der Weidengasse mit dieser Begründung aus. Er schlägt eine für ein Jahr befristete Sperrung der Weidengasse und die Vorlage eines Verkehrskonzept Eigelstein vor. Das verbotswidrige Abbiegen von der Weidengasse auf den Eigelstein sei eine unfallträchtige Situation, die gelöst werden müsse.

Frau Dr. Börschel, SPD, schließt sich den Ausführungen von Herrn Leitner an. Ein Verkehrskonzept sei deutlich besser als jeweils einzelne Straßen zu betrachten. Wenn über Posing im Viertel gesprochen werden, müsse auch die Eintrachtstraße betrachtet werden.

Herr Fischer, Grüne, weist darauf hin, dass die Begründung des Antrags ja nicht Teil des Beschlusstextes sei. Für den Eigelstein gebe es die überarbeitete Verkehrsplanung, die nun sukzessive umgesetzt werde. Es sei ein guter Hinweis, dass die Verwaltung auch eine weitergehende Planung für die Weidengasse vorlegen solle. Er stimme dem Antrag der FDP zu.

Beschluss:

Die Weidengasse wird in Richtung Eintrachtstraße, an der Ecke Gereonswall jeweils am Wochenende von Freitagabend, Samstag und Sonntag 18:00 Uhr und 6:00 Uhr mit „Warn-Baken“ ab sofort gesperrt, um für diese Zeit eine Durchfahrt für den MIV zu unterbinden.

Der –MIV- soll in Richtung Hansaring abgeleitet werden. Die Zufahrt von der Plankgasse auf die Weidengasse soll in der betreffenden Zeit auf Höhe der Bahnunterführung durch „Warn-Baken“ unterbunden werden. Der Verkehr soll an dieser Stelle über den anliegenden Parkplatz auf den Gereonswall umgeleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der SPD und einer Stimme der CDU zugestimmt.

5.2.4 Aufstellung von neuen Bänken in der Innenstadt, Antrag Grüne AN/1647/2021

Herr Leitner, CDU, wendet ein, dass die Anzahl der nun geforderten Bänke für das Viertel „too much“ sei. Er freue sich über jede einzelne Bank, doch müsse man auch an die anderen Viertel denken.

Herr Musto, CDU, schlägt zu TOP 5.2.4.1 vor zu ergänzen, dass die Verwaltung nach einem Jahr über die Beschwerden zu diesem Bankstandort berichte.

Herr Cremer, SPD, bittet um ein Gespräch mit der Fachverwaltung zum Austausch über Bankstandorte.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, erinnert an wenig hilfreiche frühere Diskussionen zu Bankstandorten, über die in der Presse berichtet worden sei.

Herr Fischer, Grüne, weist darauf hin, dass Herr Musto, CDU, nach einem Jahr eine entsprechende Anfrage stellen könne. Er spricht sich gegen die Aufnahme dieser Ergänzung in den Antrag aus.

Herr Vinçon, Grüne, berichtet von der Begehung mit der Seniorenvertretung über 5,5 Stunden. Er könne jede einzelne Bank begründen. Die Gesellschaft sei nicht überaltert, doch eine älter werdende Gesellschaft. Die Bänke bieten älteren Menschen die keine Gehhilfen nutzen wollen, die Möglichkeit autark zu sein und ab und zu eine Pause zu machen. Daher sei jede einzelne Bank notwendig.

Herr Cremer, SPD, bittet in der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechung um Information zur Prioritätenliste Bänke.

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt:

Die Verwaltung stellt weitere Bänke an folgenden Standorten auf. Die Liste wurde in Absprache mit der Seniorenvertretung Innenstadt erstellt.

1- 2 Bänke auf dem Neusser Wall zwischen Turiner Str. und Hülchrater Str

2 Bänke Fort X hinter dem Fort (neben den Abfallcontainern)

2 Bänke zusätzlich auf der Weißenburgstr.

1- 2 Bänke Wörthstr. zwischen Turiner-Str. und Rheinufer

1 Bank Sedan Str. zwischen Turiner-Str. und Rheinufer

2 Bänke Neusser – Str. zwischen Ebertplatz und Agneskirche

z.B. vor dem Elektrokasten Neusserstr. Ecke Schillingstr.

4 Bänke Sudermannstr. (Abbau der alten Bank im Mittelstreifen)

2 Bänke Krefelder Str. zwischen Innere Kanalstr. und Hansaring

3 Bänke vor der Ursulakirche

2- 3 Bänke Hansaring: an der U-Bahn-Haltestelle, vor Generali und am Parkeingang Hansaplatz

1 Bank Hansaring – bis Christophstr.

1-2 Bänke Friesenplatz

1 Bank Rudolfplatz Höhe DM Markt zwischen den Bäumen

2 Bänke Josef-Haubrich-Hof

1 Bank Urban Gardening „Wachsenring“

Sachsenring Höhe Brunostr. im Mittelstreifen

1 Bank Darmstädterstr./Bonnerstr.

1 Bank Chlodwigplatz vor KVB Kundenzentrale

1 Bank Gotenring Ecke Suevenstraße

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.4.1 Ergänzungsantrag zu Antrag AN/1647/2021 - Bankstandorte; Ergänzungsantrag Grüne AN/1745/2021

Die Liste wird aus gegebenem Anlass um folgenden Bankstandort ergänzt:

- eine Bank Gotenring Ecke Suevenstraße

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.5 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße, gem. Antrag Grüne, FDP, Die Partei AN/1673/2021

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, erklärt, dass die vorliegende Stellungnahme des Bauverwaltungsamtes der Rechtslage entspreche, die das Bauverwaltungsamt seit ca. 20 Jahren erläutere. Der Antrag gehe darauf hinaus, dass die Verwaltung Wege suchen soll, die jetzige Rechtssituation zu verändern. Hierzu bedürfe es auch eines Antrages an den Rat. Die Stellungnahme bedeute nicht, dass der Antrag unzulässig sei.

Herr Müller, Die Linke, bittet den Antrag zu begründen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, berichtet, dass diese Passage ab ca. 22 Uhr als öffentlicher Druckraum genutzt werde. Die Zustände der Verwahrlosung, die Vermüllung mit Kot und Urin, auch gewalttätige Szenen, seien immer schlimmer geworden.

Herr Müller, Die Linke, macht darauf aufmerksam, dass in der Diskussion um Ungeüblichkeiten und die Frage, wie sich Gesellschaft in der Innenstadt entwickelt, eine Ungleichgewichtung vorliege, wie Randgruppen gesehen oder behandelt würden. An anderer Stelle würden, wie in der Aktuellen Stunde besprochen, Baken aufgestellt, hier sollen nun Obdachlose oder Drücker verdrängt werden.

Herr Leitner, CDU, führt aus, dass er an einem verschobenen Ortstermin nicht teilnehmen konnte, aber angeregt hatte SKM und Einrichtungsträger zu beteiligen, um abzuklären, wie nochmals Hilfsangebote gemacht werden können. Das Verfahren sei nicht gut gewesen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt, dass eine transparente Diskussion stattgefunden habe. Der Hauseigentümer werde brutal hängen gelassen. Er erinnert an das beschlossene Symposium für obdachlose Menschen. Bei Beschluss dieses Antrags habe die Verwaltung die Möglichkeit, bei Verbesserung der Situation, die Maßnahmen zurückzunehmen. Er bittet um Ergänzung des Antrags, dass dieser an den Rat gerichtet sei.

Beschluss:

Zur Wiederherstellung der Nutzungsqualität als Fußgängerpassage zwischen Brüderstraße und Schildergasse möge die Verwaltung sicherstellen, dem Eigentümer

des Flurstücks 4958-019.955 (sog. „Wehmeyerpassage“) die rechtliche Möglichkeit zur Schließung der Ein-/Ausgangsbereiche der Passage an Werktagen nach Geschäftsschluss und an Sonn- und Feiertagen in den Abend-/Nachtsunden von 22:00 bis 6:00 Uhr bis auf Widerruf einzuräumen. **Der Beschluss soll gem. § 38 Abs. 13 dem Rat vorgelegt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit Stimmen Grüne, eine Stimme CDU und Die Partei gegen die Stimmen von SPD, Die Linke und Klimafreunde.

5.2.5.1 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße, gem. Antrag Grüne, FDP und Die Partei

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates, AN/1673/2021
3091/2021**

Auf den Beschluss zu TOP 5.2.5 wird verwiesen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.2.6 Grundsatzbeschluss: Keine Interimsbauten in Grün- und Parkanlagen, Antrag Grüne
AN/1656/2021**

Herr Scheffer, Die Linke, beantragt folgende Ergänzung des Antrags: „Die Grünfläche Venloer Wall 13 b ist für einen Interimsbau nicht geeignet.“

Herr Fischer, Grüne, spricht sich gegen die Ergänzung des Antrages auf, weil der Antrag einen Grundsatzbeschluss beinhaltet, der die Verwaltung in die Pflicht nehmen soll, die Prioritäten nochmals klar zu setzen. Der Antrag sei nicht geeignet, einzelne Grundstücke zu benennen.

I. Abstimmung über den Ergänzungsantrag Die Linke.

Beschluss: Die Grünfläche Venloer Wall 13 b ist für einen Interimsbau nicht geeignet.

Abstimmung:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, CDU, SPD und Die Partei gegen Die Linke und Klimafreunde **abgelehnt.**

II. Abstimmung über den ursprünglichen Antrag

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt:

1. Die Standortauswahl für Interimsbauten kommunaler Bau- oder Sanierungsvorhaben wird nachvollziehbar daraufhin ausgerichtet, dass dafür Straßenzüge oder versiegelte Grundstücke gewählt werden, um so Spiel-, Pausen- und Freiflächen, sowie Parkanlagen und Grünflächen nachhaltig zu schützen.

2. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, jeweils dann ein Ausgleich für Frei- und Pausenflächen zu schaffen bzw. auszuweisen, wenn dieser unter 3-5 qm offene Fläche je Kind liegt. Bei Kindertageseinrichtungen und Grundschulen soll dabei der obere Wert eingehalten werden.
3. Diese Maßgaben sollen auch für laufende Projekte gelten, bei denen es noch nicht zu diesbezüglichen Vergabe gekommen ist.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, CDU, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei gegen die SPD **zugestimmt.**

5.2.7 Reinigung Neusser Platz und Roeckerathplatz, gem. Dringlichkeitsantrag CDU und SPD AN/1849/2021

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Entwurf sowie der dem Entwurf beigefügten Anlage 3 der Beschlussvorlage die **tägliche** Reinigung des Neusser Platz und des Roeckerathplatz, vor der Agneskirche in 50670 Köln aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD AN/1701/2018

6.1.2 Kellertheater und Kartäuserwall, Anfrage Linke AN/1173/2019

6.1.2.1 Beantwortung AN/1173/2019 Die Linke Kellertheater und Kartäuserwall 2698/2021

6.1.3 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit, Anfrage CDU AN/0949/2020

6.1.3.1 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 26.08.2020 (AN/0949/2020) 2454/2021

- 6.1.4 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße (AN/1539/2010); Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016) AN/1315/2020**

- 6.1.5 Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt AN/1107/2021**

- 6.1.5.1 Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt - Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - AN/1107/2021 2885/2021**

- 6.1.6 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße AN/1108/2021**

- 6.1.6.1 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 10.06.2021, TOP 6.2.2 (AN/1108/2021) 2692/2021**

- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung**

- 6.2.1 Aktueller Sachstand Umgestaltung Maternuskirchplatz, Anfrage Grüne AN/1623/2021**

- 6.2.2 Fragen zur ISG Severinstraße, Anfrage Die Linke AN/1319/2021**

- 6.2.2.1 Immobilien- und Standortgemeinschaft Severinstraße hier: Anfrage der Fraktion die Linke in der BV I Session Nr. AN/1319/2021 2967/2021**

- 6.2.3 Soziale Erhaltungssatzung Griechenmarktviertel, Anfrage Grüne AN/1624/2021**

- 6.2.4 Rodungen auf Kitagelände, Anfrage Die Linke AN/1528/2021**

6.2.4.1 Rodungen auf dem Kitagelände Venloer Wall 13b - zur Anfrage der Fraktion Die Linke AN/1528/2021 2490/2021

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

8.1 Verabschiedung von Frau Nicole Heinrichs, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bedankt sich bei Frau Heinrichs für die gute Zusammenarbeit und wünscht Ihr für die Zukunft alles Gute.

9 Mitteilungen der Verwaltung

**9.1 Verkehrliche Erschließung und Anbindung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“
hier: mündliche Nachfrage von SB Frenzel in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.2021, TOP 18.12
1489/2021**

**9.2 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe"
1663/2021**

**9.3 Deutsches Sport- und Olympiamuseum Köln
Zuschuss zu den Planungskosten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Rheinauhafen sowie Neukonzeptionierung des Museumsbetriebs
2561/2021**

**9.4 Sofortmaßnahmen im Bereich Poller Kirchweg - Am Schnellert - Alfred-Schütte-Allee
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am 22.04.2021, TOP 3.19
2192/2021**

**9.5 19. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
2484/2021**

- 9.6 Realisierbarkeit von Quartiersgaragen und eines zugehörigen Masterplans
2123/2021**

- 9.7 Abschlussbericht Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Projektende 30.06.2021)
2444/2021**

- 9.8 Sanierung der Drehbrücke im Deutzer Hafen - Sachstand Pendelbusbetrieb
2799/2021**

- 9.9 SeniorenNetzwerke Köln: Auszeichnung im Projekt „Nordrhein-Westfalen – hier hat alt werden Zukunft“
2249/2021**

- 9.10 Wahl der Seniorenvertretung Köln 2021: Informationsquellen und Termine
2777/2021**

- 9.11 Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" durch die Stadt Köln
2694/2021**

- 9.12 Auswirkungen des Unwetters auf Köln,
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion zur Sitzung des Hauptausschusses am
23.08.2021, AN/1561/2021
2911/2021**

- 9.13 House of Resources in Köln
2804/2021**

- 9.14 Neuer Übergang Innere Kanalstraße auf Höhe des Telekom-Verwaltungsgebäudes
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld in der Sitzung am
28.06.2021, TOP 8.1 (AN/1420/2021)
2623/2021**

- 9.15 Neues Modell: kombinierte Fahrradabstell- und Werbeanlagen für Köln
2549/2021**
- 9.16 Instandsetzung der Straße „Große Neugasse
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am 24.09.2015, TOP
3.1
2960/2021**
- 9.17 Ausweitung der Abstellverbotszonen und festen Rückgabeorte für E-
Scooter
2893/2021**
- 9.18 Baumneupflanzung in der Eburonenstraße
3037/2021**
- 9.19 Qualitätsbericht 2020 der KVB gemäß öffentlichem Dienstleistungsauf-
trag
2712/2021**
- 9.20 Wettbewerbsverfahrensergebnis
Arbeitstitel: Mehrfachbeauftragung "Fassade Hauptbahnhof Breslauer
Platz Köln" Köln-Altstadt/Nord
1899/2021**
- 9.21 Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Nr.
68454/04 nach § 3 Absatz 2 BauGB
Arbeitstitel: Südlich Ottoplatz in Köln-Deutz
2483/2021**
- 9.22 „Multilingualität von Anfang an -Aktuelle Übersicht zu Angeboten und
Sprachfördermöglichkeiten von Mehrsprachigkeit in der Stadt Köln“
2930/2021**

gez. Hupke
Bezirksbürgermeister

gez. Brohl
Schriftführerin